

27.06.22

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 21. Juni 2022

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Bodo Ramelow

Sehr geehrter Herr Prsident,

namens der Bundesregierung übersende ich Ihnen in der Anlage die Antwort der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung (296/16 (B)) vom 8. Juli 2016.

Mit freundlichen Gren
Oliver Krischer

siehe Drucksache 296/16 (Beschluss)

**Antwort der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates zur
Zweiten Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung
(296/16-B) vom 8. Juli 2016**

Zu der Entschließung des Bundesrates zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung 296/16(B) nimmt die Bundesregierung wie folgt Stellung:

Nach der Umstellung auf den jährlichen Kapitalkostenabgleich für Verteilernetzbetreiber in 2016 wurde eine Übergangsregelung für die 3. Regulierungsperiode von 2018 bis 2022 (Gas) bzw. 2019 bis 2023 (Strom) in die Anreizregulierungsverordnung aufgenommen, um allgemeine H rten abzufedern, die durch die Systemumstellung vom Budgetsystem auf den Kapitalkostenabgleich entstanden sein könnten. Für die 4. Regulierungsperiode wurde mit der Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung und zur Änderung der Stromnetzentgeltverordnung vom 27.07.2021 (BGBl. I S. 3229) ergänzend eine Regelung aufgenommen (§ 34a ARegV), mit der ein begrenzter Ausgleichsbetrag zur Abmilderung besonderer H rten für solche Verteilernetzbetreiber vorgesehen wird, die anhand ihres Investitionsverhaltens eine besondere Betroffenheit nachweisen können. Der Prüfbitte im Rahmen des Entschlieungsantrags 296/16 (B) wurde damit Rechnung getragen.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass sich die Rahmenbedingungen, unter denen die Pr fzusage der Bundesregierung erteilt wurde, aufgrund des EuGH-Urteils vom 2. September 2021 (C 718/18) zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden im Energiebereich grundlegend verändert haben. Die Möglichkeiten des Gesetz- und Verordnungsgebers, im Bereich der Netzentgeltregulierung Regelungen zu treffen, sind gegenüber dem früheren Status Quo deutlich eingeschränkt. In welchem Umfang in diesem Bereich weiterhin Regelungsspielräume bestehen, lässt sich erst im Rahmen der anstehenden Umsetzung des EuGH-Urteils im EnWG beurteilen.